

Die Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung in Berlin

Die Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung ist eine vordringliche Aufgabe der gesamten Partei. Besonders in Berlin, das durch die Provokationen der amerikanischen Kriegsbrandstifter zum Herd eines neuen Krieges gemacht werden soll, ergeben sich für die Partei große Aufgaben, um die gesamte Berliner Bevölkerung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages 1951 zu gewinnen. Die Lage in Berlin legt der Partei viel Verantwortung und große Verpflichtungen auf, denen sie in der täglichen Arbeit nachkommen muß.

Bei der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung in Berlin zeigen sich neben einer ganzen Reihe guter Beispiele aber auch Schwächen, die sofort abgestellt werden müssen, damit der dadurch entstandene Zeitverlust in der Vorbereitung schnellstens überwunden wird. So widerspiegeln die vom 9. Mai bis 11. Mai 1951 durchgeführten Kreisparteiaktivtagungen den Stand der Vorbereitungen in den Kreisen und zeigen, wieweit über die entscheidenden ideologischen Fragen Klarheit geschaffen wurde. Sie sollten ebenfalls die konkreten Aufgaben aufzeigen, wie sie sich täglich für den Kreis, für die Grundorganisationen und für die Genossen in den Massenorganisationen ergeben. Eine Reihe von Kreisparteiaktivtagungen zeigen auch, gegenüber früheren, ein bedeutend höheres Niveau. Die Referate der 1. Kreissekretäre enthielten in den meisten Fällen eine gute politische Analyse, die mit Beispielen aus den Kreisen untermauert war und die Grundlage für eine gute Argumentation bildete. Eine große Schwäche war jedoch, daß in einer Reihe von Kreisen, wie Pankow, Neukölln, Mitte, Wilmersdorf, ein Arbeitsplan fehlte, so daß die Aufgabenstellung für die Genossen nur angerissen wurde und nicht konkret war. Auch eine Reihe Arbeitspläne, die den Tagungen Vorlagen, waren noch zu allgemein, um wirklich den Grundorganisationen die notwendige Hilfe zu erweisen. Die beispielsweise in Reinickendorf erarbeitete Analyse ergab, daß, wie eine Überprüfung in zahlreichen Häusern zeigte, die Mieter noch keine Ahnung davon hatten, warum die Volksbefragung durchgeführt wird. Es kam auch eine gewisse Angst zum Ausdruck, daß durch die Beteiligung an der Abstimmung den Leuten persönliche Schwierigkeiten entstehen könnten, und die Volksbefragung eine „östliche Angelegenheit“ sei.

Trotz ingenuer Vorbereitung zeigte es sich jedoch bei diesen Gesprächen, daß die Bevölkerung eine ablehnende Haltung gegenüber den Remilitarisierungsabsichten der Amerikaner einnahm. Das sah man in einem Wohnblock in Wittenau, wo von 48 Angesprochenen sofort 35 Mieter mit Ja stimmten, einige sich zwar noch abwartend verhielten, die direkten Neinsager aber außerordentlich gering an Zahl waren. An Hand zahlreicher guter Beispiele, besonders in Kreuzberg, Wedding, Reinickendorf und anderen Bezirken, wurde die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung bewiesen, die bereit ist, die Sache des Friedens in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Von großer Bedeutung ist bei Diskussionen, die Fragen des Kampfes um die Erhaltung des Friedens mit den Fragen, die die Menschen täglich und stündlich bewegen, auf das engste zu verbinden. So bieten die kürzlich in Westberlin erfolgte Brot- und Fahrpreiserhöhung, die Zerschlagung und die Verschlechterung der sozialen Versicherung "täglich neue Argumente, um mit der Bevölkerung ins Gespräch zu kommen und ihr aufzuzeigen, daß die Remilitarisierung zur Verschlechterung ihrer Lebenshaltung führt. Nicht zu vergessen ist dabei, daß wir den Verschlechterungen im Westen gerade jetzt neue Preissenkungen entgegenstellen können, die allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen. Stärker als bisher müssen in Westberlin die Erfolge der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor Berlins aufgezeigt werden. Hier zeigen sich bei den Diskussionen noch große

Schwächen. Die gewaltigen Errungenschaften in der DDR werden längst nicht im genügenden Maße popularisiert. Das ist ein offenes Zurückweichen vor der Diskussion und hieße versuchen, die Volksbefragung zu einer formalen Angelegenheit herabzudrücken. So hat ein Genosse im Wedding in seinem Haus lediglich in jeden Briefkasten einen Briefumschlag mit einem Abstimmungsschein gesteckt und geglaubt, er brauche nun nur auf den Knopf zu drücken und alle Zettel würden ihm sofort mit einem „Ja“ zufliegen. Er verzichtete auf jede Diskussion und Aussprache mit den Bewohnern. Am nächsten Tag ging er die Zettel einsammeln und vermied dabei ebenfalls eine Aussprache. Daß unter solchen Umständen das Ergebnis schlecht war, schlecht sein mußte, ist erklärlich.

Eine weitere Schwäche bei der Vorbereitung zur Durchführung der Volksbefragung in Westberlin ist, daß der Schwerpunkt nicht in der Bearbeitung der Betriebe liegt. Ohne Zweifel gibt es auch hier in den letzten Tagen eine Reihe guter Beispiele, doch muß selbstkritisch vom Landessekretariat festgestellt werden, daß das bisher Erreichte in keiner Weise genügt. Daher muß mit aller Entschiedenheit der Schwerpunkt in die Betriebe verlagert werden, die Volksbefragung mit den im Betrieb vorhandenen Fragen verbunden werden, wie zum Beispiel der ständigen Verschlechterung der Lebenshaltung, der Senkung des Reallohnes, den Betriebsrätewahlen usw.

Ein noch nicht überwundenes Sektierertum bei der Volksbefragung in Westberlin kommt darin zum Ausdruck, daß nicht alle Formen und Methoden angewandt werden, die notwendig und günstig sind; man klebt noch zu sehr an alten parlamentarischen Methoden. Die Volksbefragung soll und kann in den Betrieben, in den Häusern, Laubenkolonien, Schulen, Sportvereinen, auf Dampfern, an Ausflugsorten, bei Familienfeiern, an Haltestellen der Verkehrsmittel, kurzum überall, wo sich Menschen befinden, vorgenommen werden. Ob man sie zusammenholt oder dahin geht, wo sie schon beisammen sind, ist nicht wesentlich. Entscheidend ist aber, daß dabei alle Schichten der Bevölkerung, Frauen, Jugendliche, Arbeiter, Handwerker, Geschäftsleute, Lehrer, Ärzte, usw. angesprochen werden, das heißt, daß die gesamte Bevölkerung von der Volksbefragung erfaßt wird.

Eine Reihe Aktivtagungen im demokratischen Sektor waren ebenfalls gut, insbesondere in Treptow und Prenzlauer Berg, wo in der Diskussion die Genossen über eine Reihe guter Selbstverpflichtungen zur Volksbefragung berichten konnten. Die Aktivtagungen in Mitte und Lichtenberg hingegen weisen große Schwächen auf. So fehlte in Mitte die Grundlage: ein konkreter Arbeitsplan. Da auch im Referat des 1. Sekretärs keine genaue Aufgabenstellung herausgearbeitet wurde, wirkte sich das in der Diskussion der Tagung negativ aus. In Lichtenberg führte man nicht, wie beschlossen, eine Parteiaktivtagung durch, sondern drei verschiedene Funktionärsitzungen, und zwar mit den Sekretären der Parteiorganisationen der Wohnbezirke, den Sekretären der Betriebsparteiorganisationen und den Agitatoren und Propagandisten. Dadurch wurden die Aufgaben für den Kreis Lichtenberg nicht im Zusammenhang erarbeitet und Umrissen, sondern auf die bei jeder Tagung jeweils Anwesenden beschränkt. Die politische Diskussion war daher auch höchst ungenügend, die Anleitung zur Arbeit war gehemmt und entwickelte sich erst in den letzten Tagen weiter. In der Diskussion auf der Aktivtagung zeigte sich außerdem, daß Unklarheiten über die politische Bedeutung der Volksbefragung, die innerhalb der Bevölkerung bestehen, auch in die Reihen der Partei eindringen. So wurden mit allen möglichen Varianten die Fragen gestellt: „Welchen Sinn und Zweck hat die Volksbefragung?“ „Was kann man damit erreichen?“ „Sie machen ja doch was sie wollen!“ usw. usf. Bei der Behandlung dieser Fragen